

Zusammenfassung der Statements der Bundesminister und des Umweltministers von Brandenburg

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Minister Gabriel widmete sich in seinem Statement zunächst der Eingriffsregelung im Naturschutzrecht, die Ausgleich und Ersatz bei Eingriffen in Natur und Landschaft vorsieht. Er äußerte Verständnis dafür, dass Vorhabensträger bzw. Infrastrukturplaner diese Regelung möglicherweise wenig angenehm ist, weil diese sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren wollen. Andererseits würden Naturschützer an Infrastrukturprojekten mitunter v.a. die an Natur und Landschaft verursachten Schäden wahrnehmen. Beide Extreme seien wenig produktiv, es müsse aber gesehen werden, dass es in der Praxis bislang zu Problemen gekommen sei. Der Minister nannte hier Insellösungen als Beispiel, wo kleine, isolierte Maßnahmenflächen nicht die gewünschte Wirkung entfalten, auch wenn sie möglicherweise nach dem Kriterium größtmöglicher Ähnlichkeit zum Eingriffsort gewählt seien.

Die möglichen Konflikte zwischen Vorhabenrealisierung und Naturschutz diskutierte Minister Gabriel dann mit Blick auf Verhältnis von Umwelt- und Naturschutz. Der Naturschutz dürfe nicht den Fehler machen, alles gleich wichtig zu nehmen und so am Ende nicht wirklich Wichtiges zu schützen. Er wies darauf hin, dass für manche im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes wichtige Projekte, z.B. im Bereich der Energieerzeugung durch Biothermie oder Wasserkraft, auch der Naturschutz Kompromisse machen müsse. Auch der Wasserstraßenbau sei eine Vorhabenart, die - unabhängig von den teilweise kontrovers diskutierten Fragen des Naturschutzes - deutlich positive Umweltauswirkungen habe, indem Verkehr weg von der Straße auf die Schifffahrt verlegt werde. Die Kompromissfähigkeit des Naturschutzes stieße allerdings dort an Grenzen, wo die Gefahr bestehe, dass einzigartige Naturlandschaft zerstört werden oder die Artenvielfalt noch weiter zurückgeht.

In Deutschland ließen sich, so Minister Gabriel, im Bereich der Artenvielfalt deutliche Probleme feststellen: Von weltweit 415.000 Pflanzen- und Pilzarten gebe es in Deutschland nur 28.000, von weltweit 1,4 Mio Tierarten seien in Deutschland 48.000 vorhanden. Dazu seien von diesen 48.000 Tierarten 36 % bereits bedroht. Von den in Deutschland vorhandenen Biotopen seien 69 % akut bedroht.

Der Reaktion auf diese Probleme sei nicht nur wegen des Arten- und Landschaftsschutzes von großer Bedeutung, sondern auch wegen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Das Abnehmen natürlicher Rohstoffe mache die Suche nach Alternativen immer dringlicher. Rückgang der biologischen Vielfalt vermindere auch das Reservoir an Tieren, Pflanzen, Mikroorganismen oder Enzymen, die für die industrielle Nutzung zur Verfügung stehen. Wenn man bedenke, dass mittlerweile sogar Flugzeugteile aus Pflanzenfasern entwickelt würden oder welche Rolle die Nutzung von Pflanzen und Tieren in der Medizin noch spielen könne, dann sei der Artenrückgang auch ein wirtschaftliches Problem.

Die Bundesregierung wolle daher spätestens Anfang 2007 ihrer nationalen Strategie zur Biodiversität beschließen und sich damit anspruchsvolle Ziele setzen. Wenn diese Strategie umgesetzt und gleichzeitig wirtschaftliche Investitionen und Infrastrukturprojekte weiter möglich sein sollen, dann bedürfe es kreativer Ideen zur Vereinbarkeit von Ökologie und

Ökonomie. Eine solche Idee sei der im E+E-Projekt entwickelte Flächenpool: Der Pool sei vor Beginn der Eingriffe gebildet worden und stehe nun zur Verfügung, wenn es darum gehe, Kompensationsmaßnahmen zu finden. Dabei handele es sich um Maßnahmen, die insgesamt zusammenhängen und einen großen, tatsächlichen Biotopverbund ermöglichen. Dies sei sinnvoller, als Insellösungen durch einzelne, kleine Projekte, die zwar evtl. dem Anspruch gerecht werden, ein möglichst gleichwertiger Ersatz zu sein, aber die miteinander in Verbindung gebracht keinen so guten Sinn ergeben wie der Flächenpool. Minister Gabriel bewertete diese Idee als exzellent und sah ihre künftige Bedeutung auch im Zusammenhang mit der Föderalismusreform: Die im deutschen Bundestag beschlossene Reform mache die Grundsätze des Naturschutzrechtes zur Bundeskompetenz, räume den Ländern aber Abweichungsmöglichkeiten ein. Es gäbe in einzelnen Ländern, z.B. in Niedersachsen, den Wunsch, die Abweichungsmöglichkeiten zur Veränderung der Eingriffsregelung zu nutzen. Tendenzen zur Abschwächung der Eingriffsregelung oder ihrer Abschaffung für bestimmte Vorhabentypen müssten aber im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Gefährdung zahlreicher Arten und Biotope in Deutschland gesehen werden. Deutschland könne es sich nicht leisten, auf Ausgleich und Ersatz zu verzichten.

Um aber vorhandene Probleme der Eingriffsregelung zu beseitigen, müssten gute, praxistaugliche Konzepte gefunden werden. Ein solches produktives Konzept seien Flächenpools wie der an der Mittleren Havel: Man könne so die Geschwindigkeit der Infrastrukturprojekte beschleunigen und die Projekte ungefährdet abwickeln und gleichzeitig in einem großräumigen Zusammenhang eine exzellente Entwicklung für Natur- und Umweltschutz fördern. Wenn dies Schule mache, könnte es dazu führen, die z.T. sehr ermüdenden Debatten um die Eingriffsregelung im Naturschutzrecht zu entschärfen.

Der Minister unterstrich seine Auffassung, dass es intelligenter sei, sich die Mühe zu machen, Natur und Landschaft in dieser Art und Weise mit Infrastrukturprojekten gemeinsam zu entwickeln, als nur die Forderung zu erheben, nichts mehr für Natur und Landschaft tun zu müssen. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung einerseits und seinem Abteilungsleiter Jochen Flasbarth als früherem NABU-Vorsitzenden - stellvertretend für viele Naturschützer - andererseits. Beide Seiten seien über ihren Schatten gesprungen und könnten so nun gemeinsam ein gutes Naturschutzprojekt präsentieren. Dank richtete Minister Gabriel auch an Wolfgang Tiefensee und das BMVBS, über das - noch zu Zeiten der CDU-FDP Koalition - die Anschubfinanzierung des Projektes gelaufen und dann über das BMU fortgesetzt wurde. Er dankte allen am Gelingen des E+E-Vorhabens beteiligten Personen und Institutionen.

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Auch Minister Tiefensee legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie. Das Projekt habe exemplarisch aufgezeigt, wie Mobilität und Naturschutz in einer Region so entwickelt werden können, dass beide Seiten wesentliche Interessen durch frühzeitige Zusammenarbeit wahren können. Der Minister dankte zunächst allen Beteiligten und forderte die anwesenden Medienvertreter auf, dieses positive Beispiel wohlwollend zu verbreiten. Es sei auch exemplarisch für gute Zusammenarbeit seines Hauses mit dem BMU.

In Ergänzung der durch Minister Gabriel angesprochenen ökologischen Aspekte ging Minister Tiefensee auf einige Aspekte der Verkehrsentwicklung näher ein. Nach neuesten Zahlen sei bis in das Jahr 2020 ein Aufwuchs an Personenbeförderung und Güterbeförderung von bis zu 40 % zu erwarten. Diese Zuwachsrate müsse in Deutschland - wie auch in den anderen europäischen Ländern - im Wesentlichen mit dem bestehenden Netz an Infrastruktur bewältigt werden, mit Erweiterungen in der Größenordnung des erwarteten Verkehrszuwachses sei nicht zu rechnen. Es stelle sich damit die Frage, wie diese Aufgabe bewältigt werden könne. Die Bundesregierung werde nicht einen Verkehrsträger gegen den anderen ausspielen. Jeder Verkehrsträger habe an seiner Stelle Bedeutung und es gelte nun, ihn so auszubauen, dass er effizient den größten Nutzen entfalten kann. Schnittstellen und Intermodalität zwischen Verkehrsträgern seien so herzustellen, dass die jeweiligen Strecken optimal im Schnittpunkt aus Ökologie und Ökonomie bedient werden.

Der derzeitige Anteil der Wasserstraße am modal-split, also der Verteilung der Tonnenkilometer in Deutschland, liege bei etwa 12 %. 16 % werden über die Schiene, der Rest über Straße und Autobahn abgewickelt. In dieser Verteilung komme der Binnenwasserstraße als umweltschonendem Verkehrsträger eine hohe Bedeutung zu, was sich in der besondere Unterstützung durch die Bundesregierung widerspiegele. Der Investitionsplan des BMVBS sehe vor, mit der Aufstockung um 4,3 Mrd. € in der Legislaturperiode in den Jahren 2006 bis 2009 9 Mrd. € in die Verkehrsinfrastruktur investieren: 4,9 Mrd. in die Straße, 3,4 Mrd. in die Schiene und 700 Mio in die Binnenwasserstraße - aufsteigend, denn die Quote zugunsten der Binnenwasserstraße werde sich verändern. Der Aufwuchs durch dieses Programm komme im Wesentlichen der Binnenwasserstraße zu Gute, denn in der Vergangenheit sei teilweise noch nicht ausreichend in deren Ausbau investiert worden.

In diesem Rahmen stehe das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 17, für das insgesamt 2,3 Mrd. € investiert würden. Im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit gebe es ein Wasserstraßen-, neun Schienen- und sieben Autobahnprojekte. Der Ausbau der Havelwasserstraße sein ein Teilprojekt des VDE 17, ebenso wie z.B. die bereits 2003 realisierte Kanalquerung über die Elbe oder der Ausbau des Mittelrandkanals. Damit werde dieser Raum an die Rheinschiene, an das Kanalnetz im Nordwesten Deutschlands und letztlich an Rotterdam und Hamburg angeschlossen. Umweltverträglich eine solche Verbindung zu schaffen, ermögliche auch wirtschaftliche Entwicklung, die im Interesse der Region liege.

Das BMVBS habe in der Kulturlandschaft Mittlere Havel den Versuch unternommen, zu zeigen, dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sein müssen. Minister Tiefensee,

betonte, in seinem Haus sei man seit langem ökologischen Belangen gegenüber aufgeschlossen, dass Verkehrsplanung oft lediglich mit Beton, Asphalt und Flächenverbrauch identifiziert werde, sei ein Vorurteil. Man wolle ebenso für ökologische Belange Sorge tragen, wie auch das BMU die Belange der Infrastruktur berücksichtige.

In diesem Sinne sei das E+E-Vorhaben ein Pilotprojekt, das exemplarisch sein solle für das, was das BMVBS bspw. am Neckar oder anderswo in der Zukunft praktizieren wolle. Minister Tiefensee äußerte abschließend den Wunsch, dass diesem Projekt weitere folgen und die Zusammenarbeit auch an anderer Stelle so gut gelingen möge. Er wünschte allen Beteiligten viel Kraft für die weiteren Projekte und sprach noch einmal Lob, Anerkennung und Stolz auf dieses Projekt aus.

Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Brandenburg


Minister Woidke begrüßte zunächst alle Teilnehmer der Fahrt aus Bund und Land herzlich und fügte den Statements der Bundesminister einige Gedanken aus der Landesperspektive hinzu. Er wies eingangs darauf hin, dass die Mittlere Havel im Zentrum des historischen Kernlands Brandenburgs liege. Die Schönheit der havelländischen Natur sei vielen, wie z.B. auch Fontane in seinen berühmten Beschreibungen der Mark Brandenburg, lange fast wie etwas Selbstverständliches erschienen.

Heute sei dagegen klar, dass schöne Natur keineswegs selbstverständlich und ewig da sei, sondern des menschlichen Schutzes bedürfe. Dieser Aufgabe hätten sich Bund und Land gemeinsam verschrieben. Projekte wie das heute vorgestellte E+E-Vorhaben bedürften eines langen Atems, der in diesem Fall bis in die Amtszeit von Ministerpräsident Platzek als Umweltminister Brandenburgs zurückreiche, in der mit der Vorstudie begonnen wurde.

Das E+E-Vorhaben habe gezeigt, dass die Schaffung von Flächenpools für alle Beteiligten Vorteile habe und die Vorteile des einen nicht auf Kosten der anderen Partner gehen. Für Vorhabenträger erleichtere die Bereitstellung vorgezogener Maßnahmen die oft aufwändige Suche nach Kompensationsflächen. Verfahrensabläufe könnten beschleunigt, Kosten minimiert werden. Flächeneigentümer und Landnutzer könnten aktiv an der ländlichen Entwicklung mitgestalten und durch langfristig gezahlte Pflege-Entgelte für Kompensationsmaßnahmen aus der Eingriffsregelung einen Beitrag zur Einkommenssicherung erzielen. Der Naturschutz profitiere durch die sinnvolle Konzentration von Kompensationsmaßnahmen, durch die in Zeiten knapper Kassen die Pflege und Entwicklung typischer Arten und Lebensgemeinschaften unterstützt werden könne.

Das Land Brandenburg habe frühzeitig diese Chancen erkannt und daher bei der Novellierung des Naturschutzgesetzes eine Bestimmung aufgenommen, dass vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen angerechnet und zu Flächenpools zusammengefasst werden sollen.

Minister Woidke formulierte eine Zwischenbilanz: Die größten Hürden für ein erfolgreiches Flächenpool-Management seien bereits ausgeräumt. Auch wenn in der Zukunft die Flächenagentur noch manches Problem zu lösen habe, sei er davon überzeugt, dass in dem E+E-Vorhaben der Grundstein für eine weitere erfolgreiche Arbeit gelegt wurde. Daher sei die Flächenagentur „Kulturlandschaft Mittlere Havel“, die bald „Flächenagentur

An aerial photograph of a wide river, likely the Havel, flowing through a green landscape. A long, narrow boat is visible on the water, moving from the bottom left towards the center. The surrounding area is lush with trees and vegetation, with some fields visible in the distance.

Brandenburg“ heißen werde, landesweit mit der Vermarktung aller Poolflächen, die von der Stiftung NaturSchutzFonds entwickelt wurden, betraut.

Minister Woidke schloß mit der Hoffnung, dass der Mittleren Havel erprobte Ansatz auch weiteren Regionen als Beispiel und Anregung dienen werde. Der Flächenagentur wünschte er, dass ihre Angebote zukünftig zahlreiche neue Nutzer finden werden.